

Klausurtagung der Führungsgremien in Marienthal:

CDU NRW 1989: Geschlossen und entschlossen für unser Land

Geschäftsführender Landesvorstand, geschäftsführender Fraktionsvorstand und der Vorstand der Landesgruppe der CDU NRW tagten am 13. und 14. Januar in Marienthal bei Wesel. Ergebnisse der Klausurtagung trug der Generalsekretär Dr. Helmut Linssen, MdL, jetzt vor.

Die CDU NRW wird sich 1989 den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes als die geschlossene und entschlossene politische Kraft präsentieren, die alles tut, um unser Land wieder an die Spitze zu bringen. Dies ist das Ergebnis der Klausurtagung, die die Führungsgremien der nordrhein-westfälischen CDU durchgeführt haben.

Die CDU wird verstärkt daran mitarbeiten, die Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft unseres Landes zu verbessern. Dies kann nur gelingen, wenn man auch den Mut hat, heiße Eisen anzupacken, die Kraft zur Entscheidung aufbringt und ehrliche Antworten gibt. Um unser Land zukunftsfähig zu machen, reicht es nicht aus, sich wie Johannes Rau zu verhalten. Johannes Rau ist das personifizierte Unentschieden. Mit Johannes Rau verbinden sich am wenigsten die Eigenschaften Tatkraft und Führungsstärke.

Wahlkampf 1989/1990

Der Wahl-Reigen beginnt mit den Wahlen zum Europaparlament. Hierfür ist die CDU NRW bestens gerüstet. Nicht nur in den Augen ihrer Mitglieder und Wähler ist die Union die Europapartei.

Es ist die historische Leistung vor allem des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Helmut Kohl, daß die Bedeutung des

europeischen Einigungsprozesses, gerade auch im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992, verstärkt in das Bewußtsein der Bürger rückt.

Europa ist zur Tagesaufgabe in Politik, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften geworden. Unser Land Nordrhein-Westfalen kann zum Hauptnutznießer des europäischen Binnenmarktes werden. Hierfür hat die Bundesregierung die besten Voraussetzungen geschaffen. Nun muß die Landespolitik die Hemmnisse, insbesondere in der Bildungs-, Verkehrs- und in der Energiepolitik, beseitigen, die Nordrhein-Westfalen die erfolgversprechende Teilnahme an diesem europäischen Wettbewerb erschweren. Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt an, unser Land für den Binnenmarkt fit zu machen.

Mehr Frauen für die CDU gewinnen

Ihnen allen sind die Schwierigkeiten, die die SPD in diesem Land mit der sogenannten Frauenquote hat, bekannt. Wir freuen uns, daß die CDU NRW mit Frau Keppelhoff-Wiechert als erste Landespartei der Union eine Frau bei Direktwahlen zum Europäischen Parlament zur Spitzenkandidatin nominiert hat.

Es war die nordrhein-westfälische CDU, die auf dem vergangenen Bundespartei-

tag gegen Widerstände einen Beschuß durchsetzte, wonach Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft politische Führungsaufgaben wahrnehmen sollen.

Wir werden darauf achten, daß dieser Beschuß auch bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der Kommunalparlamente und bei den Listen für die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen strikt eingehalten wird. Wir werden den Frauen zu ihrem selbstverständlichen Recht verhelfen, in angemessener Weise Mandate, Ämter und Funktionen wahrzunehmen.

Perspektive für Steinkohlebergbau

Das Jahr 1989 wird für die Zukunft des deutschen Steinkohlebergbaus ein entscheidendes, möglicherweise ein Schicksalsjahr werden, denn die Perspektiven des Steinkohlebergbaus haben sich dramatisch verschlechtert.

Die Gründe hierfür sind klar erkennbar:

- Die Bereitschaft der revierfernen Länder, weiterhin die Lasten zu tragen, die sich aus dem Jahrhundertvertrag ergeben, nimmt ab.

- Die nordrhein-westfälische Landesregierung zerstört die Grundlage des Jahrhundertvertrages, indem sie den Kohle-Kernenergie-Verbund aufkündigt.

- Neben einigen nordrhein-westfälischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen weigern sich zunehmend auch SPD-geführte Landesregierungen im Norden der Republik, heimische Steinkohle zur Verstromung einzusetzen.

- Die drohende Klimakatastrophe bringt die Kohle zusätzlich in Schwierigkeiten.

Es ist der entscheidene Wille der NRW-CDU, das Jahr 1989 zu nutzen, um ein längerfristiges Konzept für den deutschen

Steinkohlebergbau über das Jahr 1995 hinaus zu entwickeln.

Es darf nicht zum Crash des deutschen Steinkohlebergbaus kommen. Wer in diesem Jahr nicht handelt, der riskiert, daß 1991 die Probleme nicht mehr in den Griff zu bekommen sind.

Alle Versuche, allein mit einer zwischenzeitlichen Erhöhung des Kohlepennigs „unauffällig“ über die Wahljahre 1989 und 1990 kommen zu wollen, werden dem Ruhrgebiet schaden.

Für uns steht fest:

- Über ein neues Mengengerüst kann nur verhandelt werden, wenn auch gleichzeitig über neue zeitliche Fristen verhandelt wird („Zeit gegen Menge“).
- Eine sozialverträgliche Anpassung erfordert darüber hinaus auch Sonderprogramme für die Umschulung und Weiterbildung der Bergleute.
- Eine regionalverträgliche Umstrukturierung muß durch strukturelle Hilfen begleitet werden.
- Die Außenreviere (Aachen und Ibbenbüren) sind in ein Lösungskonzept in jedem Fall einzubeziehen.
- Eine Mithilfe der Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist unverzichtbar.

Sonderprogramm Umweltschutz

Die CDU NRW begrüßt, daß die Bundesregierung mit ihrem Strukturhilfegesetz in vorbildlicher Weise die strukturschwachen Länder unterstützt. Spätestens mit der Vorlage dieses Gesetzes ist das törichte und wahrheitswidrige SPD-Gerede, Bonn benachteilige Nordrhein-Westfalen, ad absurdum geführt worden. Die Führungsgremien der NRW-CDU sind übereingekommen, daß mit den 7,56 Milliarden DM, die unser Land in den nächsten zehn Jahren vom Bund erhalten soll, eine Offensive für den Umweltschutz begonnen werden soll.



Fachtagung der CDU NRW:

Wir fordern Chancengleichheit für praktisch begabte Kinder

„Werden wir eigentlich allen Kindern gerecht, wenn wir immer nur darüber nachdenken, wie wir die theoretischen Fähigkeiten unserer Kinder am besten fördern können?“

Mit dieser Frage begrüßte Herbert Reul, MdL, schulpolitischer Sprecher der CDU NRW, Hauptschulleiter/innen und -lehrer/innen aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens zu der Fachtagung „Chancengleichheit für praktisch begabte Kinder“, die am 11. Januar in Düsseldorf stattfand. Zu diesem Thema hatte die CDU NRW zwei Experten eingeladen: Wolfgang Verst, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, für die Abteilung Berufsbildung sowie Klaus Schloesser, Geschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertages und zuständig für berufliche Bildung.

Verst führte aus, daß die Haupt- und Realschulen in die Lage versetzt werden müssen, ihren Schülerinnen und Schülern eine solide und moderne Allgemeinbildung zu vermitteln, auf der die Berufsbildung aufzubauen kann. Außerdem müssen neue Wege entwickelt werden, um denjenigen Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, die eine Berufsbildung in den anerkannten Ausbildungsbereichen nicht schaffen können. Diesen Jugendlichen bleibt heute meistens nur eine Erwerbstätigkeit als Angelernte oder Ungelernte. Alle Arbeitsmarktstatistiken zeigen jedoch, daß die Zahl dieser Arbeitsplätze in der Wirtschaft weiter abnimmt und die Arbeitslosigkeit bei dieser Personengruppe beson-

ders groß ist. Um diesen Personenkreis nicht auszugrenzen, sei die Entwicklung von „Teilqualifikationen“, bei denen in zweijähriger Lehrzeit vor allem praktische Fähigkeiten vermittelt werden, ein möglicher Weg. Allerdings muß die Durchlässigkeit zu den anerkannten Ausbildungsberufen möglich sein. „Teilqualifikationen“ könnten ein Angebot vor allem für Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluß sein.

Klaus Schloesser berichtete von einer Umfrage des Westdeutschen Handwerkskammertages von 1988, aus der hervorgeht, daß bei der Einstellung von Lehrlingen zu 51,9 % Hauptschüler und zu 41,3 % Realschüler von den Handwerksbetrieben bevorzugt werden.

Diesen Trend belegen auch Umfrageergebnisse aus dem NRW-Kultusministerium: 8,2 % der Realschüler und 15,2 % der Hauptschüler haben demnach keine Lehrstelle gefunden; bei den Gymnasiasten waren es 17,5 %, bei den Gesamtschülern 16,5 %. Schloesser wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß praktisch begabte Kinder genauso ideenreich und lerneifrig sind wie theoretisch begabte Kinder. Sie lernen jedoch besser, wenn der Lehrstoff handlungsorientiert, an praktischen Beispielen demonstriert wird.

Fazit der Fachtagung: Handwerk und Industrie brauchen die Hauptschüler! Deshalb wird sich die CDU NRW auch in Zukunft der Probleme der Hauptschüler annehmen und sich verstärkt für praktisch begabte Kinder einsetzen.

Termine

1. 2. 1989		Junge Union Nordrhein-Westfalen: „Frauen in den Medien“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-54)	
10. 2. bis 11. 2. 1989	15.00 Uhr	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Akademietagung: „Wieviel Ordnung braucht der Mensch?“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-38)	Mülheim
17. 2. 1989	12.00 Uhr	„Europa und das Ruhrgebiet“, Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets, mit Dr. Karl-Heinz Narjes, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Bottrop
23. 2. 1989	19.30 Uhr	EAK-Bezirksverband Mittelrhein: „Die Macht der Medien — Brauchen wir eine Ethik für Journalisten?“ (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00-38)	Bonn 2
25. 2. 1989	19.30 Uhr	„Das Ruhrgebiet und Belgien“ (Partnerstadt Vilvoorde), Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Ennepetal
4. 3. bis 5. 3. 1989		Seminar der Dufhues-Stiftung: „Rente — Leistungsanspruch oder Almosen“ (Auskünfte: Tel. [02 31] 43 38 93)	
10. 3. 1989	19.30 Uhr	„Das Ruhrgebiet und Irland“, Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Gelsenkirchen
10. 3. bis 12. 3. 1989		Seminar der Dufhues-Stiftung: „Die deutschen Parteien im Vergleich“ (Auskünfte: Tel. [02 31] 43 38 93)	
11. 3. 1989		Frauenunion Nordrhein-Westfalen: Landesdelegiertentagung (Auskünfte: [02 11] 1 36 00-46)	Bonn
11. 3. 1989	10.00 Uhr	JU Nordrhein-Westfalen: 6. NRW-Tag (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00 44)	Herzogenrath
22. 4. 1989	10.00 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen: Landestagung (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. [02 11] 1 36 00 57)	Bergheim
29. 4. 1989		6. Landesparteitag	Siegen